

Haushaltsrede 2013

Wie in vielen anderen Kommunen auch, ist und bleibt die Haushaltssituation unserer Gemeinde prekär. Sie alle hier im Raum kennen die Ursachen bestens. Unsere Ausgaben sind größtenteils fremdgesteuert durch Abgaben und Umlagen an Kreis, Land und Bund. Sie leeren u.a. die Geldbörse unserer Gemeinde gewaltig. Obwohl diese Ausgaben nicht hausgemacht sind, müssen sie von uns bewältigt werden. Die Bestimmungen sind nun noch verschärft worden, so dass wir unbedingt gegensteuern müssen. Leiten wir keine entsprechenden Maßnahmen ein, wird ähnlich wie in Nideggen ein von der Landesregierung eingesetzter „Sparkommissar“ eigenständig bestimmen, in welches Fahrwasser das Schiff „Gemeinde Inden“ geleitet wird. Und das ist mit der Entmündigung des Gemeinderates in finanziellen Dingen und mit drastischen finanziellen Einschnitten verbunden. Für uns „Grüne“ ist es von äußerster Wichtigkeit, das Zepter über das Wohl unserer Gemeinde selbst in der Hand zu halten. Wir wollen eigenständig ins Ziel rudern und die Höhe der Schlagzahl selbst bestimmen, damit die (finanziellen) Kräfte nicht überstrapaziert werden. Darum ist es unser Bestreben, im Jahr 2022 das Etappenziel zu erreichen und die geforderten Bedingungen zu erfüllen, die da lauten:

- im Jahr 2022 ein positives Eigenkapital vorzuweisen,
- im Jahr 2022 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben und
- die Höhe der Kassenkredite unverzüglich zu minimieren.

Aus diesem Grund ist eine Steuererhöhung zum heutigen Zeitpunkt unumgänglich. Ohne eine sofortige Erhöhung würde es in den nächsten Jahren zu drastischen Steigerungen kommen müssen. Auch wenn wir uns andere Steuersätze vorgestellt haben, sind die heute festgesetzten Grund- und Gewerbesteuern moderat angehoben und gerecht auf alle Steuerzahler verteilt. Mit dem Vorschlag der UDB, die Gewerbesteuer unverändert zu lassen und lediglich die beiden Grundsteuern anzuheben, können wir uns nicht anfreunden. Die Höhe der Gewerbesteuer ist nicht das Maß aller Dinge, ob sich ein Unternehmen in unserer Gemeinde ansiedeln möchte oder nicht. Diese Steuer bildet bei der Entscheidung eine untergeordnete Rolle. Hier irrt aus unserer Sicht auch die Industrie- und Handelskammer, die sich einzig für die Steuererhöhung der Grundsteuer B ausspricht. Wir sind der Auffassung die finanziellen Mehrbelastungen nicht nur auf eine Klientel, nämlich die Eigentümer und Mieter, zu verteilen. Sie sollten möglichst gerecht von allen Schultern getragen werden.

Darum wird es auch im freiwilligen Ausgabenbereich der Gemeinde finanzielle Einschränkungen geben und geben müssen. Nicht alle Verwaltungsvorschläge können wir unterstützen.

- Die Zuschüsse an Vereine sollten aus Verwaltungssicht gestrichen werden. Dies wird heute noch nicht beschlossen, aber lt. Aussage der SPD- Fraktion soll hierzu eine zeitliche Überprüfung stattfinden. Für uns ist es wichtig, die Zuschüsse für Kinder und Jugendliche in den Vereinen weiterhin zu belassen.
- Die Streichung von Zuwendungen für Hochzeiten und Ehrungen steht ebenfalls auf der Vorschlagsliste. Mit diesem Vorschlag können wir uns absolut nicht anfreunden. Ein kompletter Verzicht auf Präsente für Diamant- und Goldhochzeiten, Ehrungen etc. halten wir für ignorant. Zumindest ein Blumenstrauß sollte den Feiernden zukommen. Es sind u.a. solche kleine Aufmerksamkeiten, die eine Gemeinde lebens- und liebenswert machen. Warum die große Koalition diese Zuschüsse komplett streicht, ist für uns nicht nachvollziehbar.
- Es ist für uns selbstverständlich, dass nicht nur die Bevölkerung Einschränkungen hinnehmen muss. Auch wir Politiker wollen unseren Sparwillen bekunden und ein Zeichen setzen. Darum unterstützen wir die Auflösung des Vergabeausschusses. Diese Aufgaben werden künftig vom Bauausschuss übernommen. Ebenfalls findet die Reduzierung aller 15er Ausschüsse auf 14 Mitglieder unsere Zustimmung.
- Auf der Sparliste der Verwaltung stand die Restaurierung der Personenstandsbücher. Hierfür stehen bisher im 2-Jahres-Rythmus Gelder zur Verfügung. Dies wird auch beibehalten. Aus unserer Sicht ist der Erhalt dieser Bücher für unserer Nachwelt wichtig.
- Die Intensivierung der Überwachung des ruhenden Verkehrs ist ein Verwaltungsvorschlag, den wir sehr gerne aufnehmen. Schließlich fordern wir bereits seit Jahren die Einstellung einer Ordnungskraft hierfür. Vom Personal des Ordnungsamtes ist diese Aufgabe zeitlich nicht leistbar.

Heute möchten wir uns nur auf diese wenigen Beispiele beschränken. Wir wollen damit aufzeigen, wie ernst die Lage ist aber es trotzdem angebracht scheint mit einer entsprechenden Sensibilität die schwierige Lage zu meistern.

Es ist Aufgabe der Verwaltung entsprechende Sparvorschläge zu unterbreiten. Für die geleistete Arbeit sprechen wir der Verwaltung unseren ausdrücklichen Dank aus. Es ist legitim, dass wir nicht alle Vorschläge akzeptieren.

Trotz aller Einsparungen heißt es nun nicht, zu resignieren. Notwendige Investitionen werden auch weiterhin getätigt. Hier beschränke ich mich nur auf zwei Beispiele; die Weiterentwicklung unserer Baugebiete, die ebenso auf der Agenda stehen wie die Schaffung notwendiger U3- Plätze in unseren Kindergärten. Ein kompletter Neubau ist kostspielig. Mit einem Erweiterungsbau des Kindergartens in Frenz bietet sich eine preiswertere Variante an. Die Grundeinrichtungen sind bereits vorhanden und können somit ebenfalls genutzt. Da dieser Kindergarten von der Gemeinde angemietet ist, übernimmt der Eigentümer die Investitionskosten. Im Gegenzug kann er sich über Jahre hinaus seiner Mieteinnahmen von der Gemeinde sicher sein.

Wir hoffen auch das nun noch stärker werdende Parkplatzproblem durch Veränderung der Parksituation in den Griff zu bekommen.

Einen Punkt müssen wir an dieser Stelle noch ansprechen:

Die Erweiterung des Parkplatzes am Indemann ist notwendig und findet unsere Zustimmung. Mit der Inbetriebnahme des Minigolf- und Fußballgolfplatzes ist mit höheren Besucherzahlen am Indemann zu rechnen. Bereits heute reichen die vorhandenen Parkplätze insbesondere bei schönem Wetter nicht aus. Das Areal um den Indemann herum hat sich zu einem beliebten Ausflugsort entwickelt.

Allerdings lehnen wir eine Parkplatzgebühr am Indemann nach wie vor kategorisch ab. Wir können uns an Aussagen hier in diesem Raum erinnern, dass an eine Parkplatzgebühr nicht gedacht wird. Nun haben wir gemeinsam in den letzten Jahren die zarte Pflanze „Tourismus am Indemann“ gesetzt, gepflegt und zum Wachstum verholfen. Mit einer Parkplatzgebühr lassen Sie, meine Damen und Herren, diese Blume vertrocknen. Schließlich zahlen die Besucher bereits für die Nutzung des Mini- und Fußballgolfplatzes. Im Restaurant und an den Kiosken wird Umsatz gemacht, von dem auch die Gemeinde profitieren wird. Und nun soll eine Gebühr für den Parkplatz den Besuch bei uns am Indemann verteuern? Wo zahlt man für den Besuch eines Restaurants oder insbesondere eines Kinderspielplatzes Parkplatzgebühren? Wir sind hier nicht in Berlin oder Paris, wir sind hier in Inden. Nein, da machen wir nicht mit! Wir wollen den Tourismus und insbesondere auch den Besuch der Indener Bevölkerung zum Indemann unterstützen. Eine Parkgebühr ist hier einfach kontraproduktiv.

Wir tragen Verantwortung in und für unsere Gemeinde. Darum stimmen wir trotz einiger strittigen Punkte dem vorliegenden Haushaltsplan zu. Wir sind zuversichtlich, dass unser Schiff den Hafen im Jahr 2022, wenn auch mit einigen Blessuren, erreichen kann.